

Lehrstunde grüner Lokalpolitik

USTER Fast sämtliche Schlagwörter aus dem Bereich der Öko-Politik kamen in der Debatte um den Gestaltungsplan Rehbühl zur Sprache. Viele grüne Anliegen sollten letztlich angenommen werden.

An der Rehbühlstrasse planen die Genossenschaft Rehbühl und die Berufswahlschule einen neuen Komplex, der zu einem Quartierzentrum für Jung und Alt werden soll. Alterswohnungen und Angebote für Kinder und Jugendliche sollen Hand in Hand gehen. Bei dieser Zielsetzung überrascht es nicht, dass der Gestaltungsplan Rehbühl durch alle politischen Lager hinweg unumstritten ist.

Dennoch zeichnete sich schon vor der gestrigen Gemeinderatssitzung ab, dass der Gestaltungsplan Rehbühl von den Ustermer Parlamentariern nicht einfach durchgewunken werden wird: Mehrere Änderungsanträge wurden eingereicht, fast alle betrafen die Energie-Frage (wir berichten).

Antrag auf Vertagung abgelehnt

Umstritten war unter anderem die Frage, ob der Neubau an einen Fernwärmeverbund angeschlossen werden könnte. Der Stadtrat hatte dies im Vorfeld zwar verneint, Grüne und Mitte-Parteien bemängelten aber, dass er dies nicht ausreichend begründet habe und dass in diesem Zusammenhang mehrere Fragen ungeklärt seien. «Wir Grünen sind über die stiefmüt-

terliche Behandlung der ökologischen Massnahmen und der fehlenden Abklärung diesbezüglich empört», sagte die grüne Parlamentarierin Meret Schneider im Lauf der Debatte.

Gleich zu Beginn der Rats-sitzung hatten die Grünen und die Mitte-Fraktion einen Ordnungsantrag gestellt, wonach das Geschäft vertagt werden sollte. Dieser wurde aber mit 18 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Günstiger Wohnraum versus Ökologie

Dies bedeutete, dass in der Folge mehrere energiepolitische Feinheiten des Gestaltungsplans ausdiskutiert werden mussten. Dabei ging es vor allem auch um die Frage, wie hoch der Anteil nicht erneuerbarer Energien im Neubau sein durfte.

Der Stadtrat hatte diesen in seinen Vorschriften zum Gestaltungsplan bei 70 Prozent festgesetzt. Damit lag er 10 Prozent unter dem gesetzlichen Maximalanteil des Kantons. Der Kommission für Planung und Bau (KPB) war dies nicht genug: Sie wollte einen Anteil von maximal 50 Prozent vorschreiben.

Als eine Art Kompromiss beantragte die SP, dass der Anteil nicht erneuerbarer Energien höchstens 60 Prozent betragen dürfe. «Läge er noch tiefer,

würde dies das Projekt teurer machen. Und dies wiederum würde den vorgesehenen günstigen Wohnraum gefährden», sagte SP-Gemeinderat Balthasar Thalmann.

Weitere Änderungsanträge betrafen die Frage, ob der Standard «Minergie» oder «Minergie P»/«Minergie-P-Eco» einzuhalten ist, und die Frage, ob sich die Anzahl Park- und Veloabstellplätze nach der «jeweils gültigen Parkplatzverordnung» richten sollten. Der Stadtrat stellte in seinen Vorschriften auf die Verordnung von 1992 ab.

Auch verlangten die Grünen, dass die Flachdächer der Neubauten der Nutzung der Sonnenenergie zu dienen hätten. Die stadträtlichen Vorschriften verlangten, dass die Flachdächer «extensiv zu begrünen» seien.

«Unrealistische Handgelenkmal-Pi-Forderungen»

FDP-Gemeinderat Jürg Krauer äusserte die Befürchtung, dass ein Vorhaben, bei welchem ein ganzes Quartier «zum Gewinner» würde, durch «unsinnige Anträge» torpediert werde. Insbesondere der Antrag der KPB bezeichnete er als «unseriös». Die Zahl eines Maximalanteils nicht erneuerbarer Energien von 50 Prozent sei willkürlich gewählt, eine entsprechende Umsetzbarkeit vorgängig nicht abgeklärt worden.

Sein Ratskollege Markus Ehrensperger bliess mit noch

etwas schärferen Worten ins gleiche Horn: «Gemeinnütziger Wohnungsbau wird hier mit unrealistischen Handgelenkmal-Pi-Forderungen torpediert», sagte er.

Stadtrat Thomas Kübler (FDP) sagte im Zusammenhang mit der Diskussion um den Anteil nicht erneuerbarer Energien, dass das Vorhaben erst auf Gestaltungsplan- und noch nicht auf Projektstufe sei. «Es kann noch niemand sagen, welcher Anteil erneuerbarer Energien tatsächlich möglich sein wird.» Kübler erwähnte im Rahmen der Energie-Debatte weiter, dass der Strom in Uster zu 100 Prozent ökologisch sei. «Man muss dafür keine Photovoltaikanlage bauen.»

Maximal 60 Prozent nicht erneuerbare Energien

Die Anträge der Grünen bezüglich Nutzung der Flachdächer und des Minergie-P-/P-Eco-Standards wurden von einer Ratsmehrheit gutgeheissen. Gleiches galt für den Antrag der Mitte-Fraktion, wonach für Park- und Veloabstellplätze die «jeweils gültige» Parkplatzverordnung massgebend sei.

Was den Maximalanteil nicht erneuerbarer Energien betrifft, so fand der Antrag der KPB (50 Prozent) mit nur sieben Stimmen nur wenig Unterstützung. Einander gegenübergestellt wurden der SP-Antrag (60 Prozent) und die stadträtlichen Vorschriften (70 Prozent). Mit

20 zu 13 Stimmen folgte die Ratsmehrheit schliesslich der Forderung der SP.

In der Schlussabstimmung gab es an den Mehrheitsverhältnissen dann keine Zweifel mehr: Der um die Anträge von Grünen, SP und Mitte-Parteien bereinigte Gestaltungsplan Rehbühl wurde bei 32 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme festgesetzt.

Benjamin Rothschild

DIE GESCHÄFTE DER PARLAMENTSSITZUNG

■ Der Antrag der Primarschulpflege für die gebundene Tagesschule Uster einen einmaligen Kredit von 50 000 Franken sowie einen jährlich wiederkehrenden Kredit von 106 000 Franken für die Eröffnung des Schuljahrs 2014/2015 abzuschreiben, wurde mit 33 zu 0 Stimmen gutgeheissen.

■ Eine Überweisung des Postulats von Wolfgang Harder (CVP) und Ivo Koller (BDP) «Hall of Fame für Uster» wurde mit 23 zu 6 Stimmen abgelehnt.

■ Die Motion von Paul Stopper (BPU) «Ausarbeitung eines Projekts für die SBB-Doppelspur Uster–Aathal mit einer S-Bahn-Haltestelle Oberuster» wurde mit 25 zu 2 Stimmen abgelehnt (Bericht folgt).

■ Das Postulat von Wolfgang Harder (CVP) und Hans Keel (SVP) «Parkleitsystem für Uster!» wurde mit 24 zu 7 Stimmen an den Stadtrat überwiesen. [zo](#)